

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Kämmerer,
sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie uns über Fakten sprechen.



Ihre Politik führt durch Abgabenerhöhungen zu einer Schwächung der Schwächsten.

Die Schwächsten sind z. B. die verschuldeten oder überschuldeten Haushalte in unserer Stadt, die gar nicht daran denken können, Geld etwa für Kulturveranstaltungen auszugeben. Breite Bevölkerungsschichten sind betroffen: überproportional lebenserfahrenere Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Menschen mit Handicap. Alleinerziehende Mütter, die noch nebenbei putzen, um nicht Transferempfängerinnen zu werden, haben möglicherweise kein Geld, um die Kinderbetreuung in Kita oder Kindertreff zu bezahlen. Offene Jugendarbeit, wie die niederschwelligen Angebote des TSV, sind ein Segen für diese Personen, ansonsten sehen sie das Bürgerhaus jedoch nur von außen. Kaum, dass sie die Eintrittsgelder bei schulischen Ausflügen bezahlen können. Die Grundsteuererhöhungen werden sie treffen, und wenn sie bislang noch keine Transfereinkommen beziehen, wird dies nun immer wahrscheinlicher. Damit wird ihnen weitere Selbstwirksamkeit genommen.

Das sind die Opfer der Finanzpolitik von Grünen und Linken, die z. B. die Erzielung von Mehreinnahmen durch Gewerbeansiedlung auf der Neanderhöhe verhindern wollen. Es sind auch die Opfer der Politik von CDU und SPD, wenn sie weiterhin als Kunden der Fernwärme gefangen sind und dauerhaft steigende Gaspreise bezahlen müssen.

Wolfgang Jöbges hat früher für die CDU in einer Haushaltsrede zu Protokoll gegeben:
„Man sollte nicht Mietern in die Tasche greifen, um den Haushalt zu sanieren.“

Warum macht er das dann?

Die Schwächsten unserer Stadt sind Opfer jener Politik, die die rechtzeitige Einleitung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes verhindert hat und dies jetzt nicht mehr verhindern kann.

Das sind Grüne, Linke, CDU und SPD.

Falls diese Erkratherinnen und Erkrather überhaupt zur Wahl gehen, kennen wir ihre präferierte Entscheidung.

Weimar stürzte über seine Staatsverschuldung und wir haben nicht daraus gelernt. Rechtsradikalismus ist ja selbst in seiner extremen Ausformung im Erkrather Stadtrat angekommen.

Noch nie – selbst in der Nachkriegszeit nicht – war die Stadt Erkrath so hoch verschuldet, wie sie es am Ende des Haushaltsjahres 2027 sein wird.

Im Jahr 2036, dem Zeithorizont des [Haushaltssicherungskonzeptes](#), werden wir – und das lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit prognostizieren – nahe an der Überschuldung stehen, auch wenn dann noch ein Rest von 80 Mio. € verbucht wird.

Uns rettet nur das Haushaltssicherungskonzept mit einem Gesamteffekt von 93 Mio. € über die Zeit, sonst drohte schon ab den 2030er-Jahren die Überschuldung. Dann übersteigen die Schulden den rechnerischen Wert des Gesamtvermögens unserer Stadt. Dann sind Dinge wie Planetarium, Kindertreff, zweiter Büchereistandort, zweites Bürgerbüro, kostenlose Hallennutzung durch Vereine usw. ohnehin Geschichte. Wir stehen ganz knapp davor, und die Diskussionen machen keinen Mut, dass wir das Ruder herumreißen.

Was über viele Jahrzehnte hinweg von Generationen politischer Verantwortungsträger an Vermögen aufgebaut wurde, haben Sie, Herr Bürgermeister, Sie, Herr Kämmerer, und Sie, die Kollegen von CDU und SPD, oft mit Unterstützung der Grünen innerhalb eines Jahrzehnts halbiert. Den verbleibenden Rest werden Sie in den kommenden Jahren ebenfalls aufzehren.

Über dem Seitenportal des kleinen Rathausanbaus, der ehemaligen Stadtkasse, steht seit 1913 die Aufforderung eingemeißelt: **„Spare in der Zeit“**. Das haben wir „in der Zeit“ vergeblich angemahnt. Heute verwaltet die Kämmererei aus dem Kaiserhof – und hat sich seit Dienstantritt des Bürgermeisters über lange Zeit auch wie am Hof des Kaisers verhalten. Sinnbildlich dafür ist die Zahl der Dezernenten: Mit dem Dezernat des Bürgermeisters sind es vier – für eine Stadt unserer Größe im weiten Umland ein Spitzenwert und Spitzengehälter.

Die BmU hat dem nie zugestimmt.

Der Kämmerer hat z. B. gegen keines der großen, nahezu zeitgleich gestarteten, finanziell besonders relevanten Projekte ein Veto eingelegt. Sein Widerspruch richtete sich hingegen gegen das Förderprogramm „Soziale Stadt“, das erhebliche Finanzmittel einbrachte – ebenso wie gegen die Lieferung ausgemusterter Feuerwehrfahrzeuge an die Ukraine. Wäre es nach ihm, dem Bürgermeister, der CDU und FDP gegangen, gäbe es das Forum Sandheide heute nicht.

Jüngst sät das Rathaus Misstrauen, indem es eine Sparliste versendet und diese als „geheim“ klassifiziert. Und die erste Maßnahme, welche die – von AfD bis Linke – gemeinsam geheim tagenden Fraktionen einmütig aus der Diskussion streichen, ist ausgerechnet die Reduzierung einiger weniger Ratssitze, wie sie die BmU seit Jahren öffentlich fordert. Zur Einordnung: Der Erkrather Stadtrat ist so groß wie der Landtag des Saarlandes: 52 Mandate. Das taucht heute in den Sparoptionen noch nicht einmal mehr auf. Das ist ein Beispiel für die Produkte einer geheim tagenden, von einer geheim tagenden Fraktionsvorsitzendenrunde gegründeten „Finanzkommission“, die dies im Kartell der Fraktionsvorsitzenden mit Bürgermeister und Kämmerer beschlossen hat. Stempel drauf – Reduktion der Stadtratsgröße: nicht weiter diskutieren.

Die Empfehlungen dieses Kartells der Fraktionsvorsitzenden der Parteien haben es sogar geschafft, Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept ohne jede Vorberatung in einem Fachausschuss zu platzieren.

Seit mehr als zehn Jahren fordert die BmU ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept – vergeblich.

Lesen Sie doch einmal als „[Mutprobe](#)“ [meine Haushaltsrede von 2016](#). Trotzdem waren weder Sie, Herr Bürgermeister, noch Sie, Herr Kämmerer, noch die Mehrheiten aus CDU, SPD und Grünen dazu bereit. Jahr für Jahr haben wir aus der Opposition heraus versucht, genau die Lage zu verhindern, in der wir uns heute befinden. Ihr jetziger Appell, wir sollten an Maßnahmen mitwirken, die wir stets abzuwenden versucht haben, wirkt irritierend befremdlich:

Es ist, als sollten wir das Grab für den Patienten schaufeln, den wir stattdessen lieber rechtzeitig mit bitterer Medizin geheilt hätten.

Übernehmen Sie die Verantwortung – mit Abbitte bei den Bürgerinnen und Bürgern. Klartext. Das ist Ihre Aufgabe. Und wenn sie zu groß ist, ziehen Sie die Konsequenzen.

Unser Antrag einer Teilbebauung der Neanderhöhe, die größere Gewerbeflächenverluste an anderer Stelle nur zum Teil kompensiert hätte, wurde – insbesondere von den Grünen, aber auch von den Linken und zunächst von der SPD – nicht nur abgelehnt, sondern teils scharf und persönlich bekämpft, attackiert und verhöhnt.

Ohne weiteres Gewerbe auf der Neanderhöhe sehen wir steigenden Druck auf Steuern und Abgaben, auch für weniger leistungsfähige Haushalte. Diese Politik ist zutiefst unsozial und typisch für diese abgehobene, sich intellektuell gebärdende Mittelschichtblase, der es hinter dem vorgeblichen Gemeinwohl nur um die eigenen Interessen und das eigene Weltbild geht. Fakten spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle, Gefühle umso mehr. Die Debatte um die Neanderhöhe war eines der Beispiele dafür.

Die Haushaltslage ist eindeutig:

– Der Jahresabschluss 2025 weist ein Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit von minus 29.314.977,61 Euro aus.

Rund minus 24 Millionen Euro beträgt das geplante Jahresergebnis 2026.

Minus 21 Millionen Euro sind für 2027 prognostiziert.

Die folgenden Jahresergebnisse sind ebenfalls deutlich negativ: 2028 –16,7 Mio. €, 2029 –11,2 Mio. €, 2030 –13 Mio. €.

Das sind keine einmaligen Ausreißer, sondern Ausdruck eines strukturellen Problems, das unweigerlich in die Überschuldung führen wird.

Die Untersuchung von Eagle-Eye zeigte, was jeder Bürger ohnehin schon sieht: Die Substanz unserer Straßen, Radwege und Fußwege wird immer schlechter. Es wurde und wird zu langsam repariert oder saniert. Das von der BmU 2018 geforderte Sanierungskonzept für Kitas und Schulen kann nicht erstellt werden. Zitat aus der Beschlusskontrolle: „Weiterhin ist angesichts der Überalterung des Gebäudebestands und der damit auftretenden kurzfristigen Sanierungsaufgaben zurzeit keine planmäßige Sanierung im Rahmen eines Sanierungsplanes durchführbar.“ Die Folgen sieht man an der Hektik der Schließung der Johannesschule 2025 und ihren teuren Folgen.

Eine Stadtverwaltung ist ein Dienstleistungsunternehmen, bei dem die Kunden (Bürger) im Durchschnitt weniger einzahlen, als sie an Kosten verursachen. Darum haben wir ja die Kompensation durch die Gewerbesteuer und weitere Transfereinnahmen. Allein die Ansiedlung von ca. 1.500 weiteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern am Wimmersberg wird die Kasse deutlich zusätzlich belasten, wobei ich nicht verhehle, dass bezahlbarer Wohnraum zu den Grundrechten eines Menschen gehören sollte. Aber dann müssen wir das auch zusätzlich erwirtschaften.

Ein besonders deutliches Beispiel für Luftbuchungen im Haushalt ist der sogenannte globale Minderaufwand: Jahr für Jahr werden pauschal rund 4 Millionen Euro als Einsparung angesetzt – ohne konkrete Maßnahmen, ohne nachvollziehbare Zuordnung.

4 Millionen Euro.

Das entspricht den jährlichen Kosten ganzer Aufgabenbereiche – und dennoch bleibt völlig unklar, wo diese Einsparungen tatsächlich realisiert werden sollen.

Ich frage Sie daher konkret: Welche Leistungen entfallen? Welche Standards werden reduziert? Welche Einrichtungen sind betroffen? Oder handelt es sich letztlich lediglich um eine rechnerische Größe, um den Haushalt überhaupt genehmigungsfähig erscheinen zu lassen?

Doch ein Blick in das Haushaltssicherungskonzept zeigt:

Es wird nur nachrangig gespart.

Bis 2036 wird das Konsolidierungsvolumen mit 91,8 Mio. € angegeben.

53 Millionen Euro sollen kumuliert bis 2036 durch höhere Steuern und Gebühren generiert werden,

38 Millionen Euro durch tatsächliche Einsparungen.

Der Schwerpunkt dieser Papiere liegt klar auf Mehreinnahmen – nicht auf struktureller Konsolidierung.

Und selbst diese Zahlen erscheinen fragwürdig, wenn man einzelne Positionen – etwa Bürgerhaus oder das „Phantom des Rathausneubaus“ – nur ein wenig kritisch betrachtet. Das trifft unsere Bürgerinnen und Bürger, besonders die vulnerablen Gruppen, wie z.B. Alleinerziehende, durch Steuer- und Gebührenerhöhungen massiv. In den Familien sind Kinder armutsgefährdet. Das ist die **Frucht der Politik von CDU, SPD, Grünen und Linken**, die ein Jahrzehnt lang den Kopf in den finanzpolitischen Sand gesteckt haben. Nehmen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Emotionen aus den Diskussionen etwas heraus und verarbeiten Sie gleichrangig Fakten, auch wenn die Realität in krassem Widerspruch zu dem steht, wie sie sein sollte.

Weder ein Abriss noch eine Sanierung des Bürgerhauses wird Geld sparen, wenn wir die Funktionen nicht verlieren wollen. Hier müssen weitere Millionen in die Aufrechterhaltung sozialer und bildungspolitischer Strukturen investiert werden. Es ist falsch, dies in einem Haushaltssicherungskonzept anzunehmen.

In zehn Jahren droht eine Stadt, die finanziell ausgezehrt ist: hohe Abgaben, hohe Schulden – und einige wenige sichtbare Leuchtturmprojekte. Manche werden gelingen (Gymnasium Neander), andere werden bereits bei ihrer verspäteten Fertigstellung in Beton gegossene, kostenträchtige und politisch zu verantwortende Planungsfehler offenbaren (Campus).

Das ist kein tragfähiger Plan, sondern die Fortschreibung von Hoffnung – verbunden mit der **Verschiebung der eigentlichen, noch größeren Lasten in die Zeit nach der nächsten Kommunalwahl.**

Gleichzeitig planen wir Investitionen von rund 240 Millionen Euro bis 2030.

240 Millionen Euro.

Jede dieser Investitionen zieht Abschreibungen und Zinslasten nach sich.

Ab 2026 sind jährlich sogar 200 Mio. € Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung möglich. Hinzu kommen Kassenkredite, die sich 2029 auf 17 Mio. € belaufen sollen.

2024–2027: wir sehen den kontinuierlichen Anstieg. Der Zinsaufwand steigt von rund 5,2 Mio. € auf 7,5 Mio. €. Das entspricht einem Plus von ca. 45 % in drei Jahren.

2028–2029: leichte Entspannung. Die Werte sinken leicht, bleiben aber auf hohem Niveau (ca. 7 Mio. € pro Jahr Defizite, die entsprechende Kreditaufnahmen nach sich ziehen).

2030: Sprung auf über 11,8 Mio. € Kreditaufnahme. Das ist ein massiver Anstieg um rund 70 % gegenüber 2029. Die Nettoneuverschuldung 2030 wird 190 Mio. € betragen.

2030 überschreitet Erkrath die Marke von **1 Milliarde Euro Schulden**, wenn die im Haushalt genehmigten Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung in Höhe von jährlich 200 Mio. € tatsächlich in Anspruch genommen werden müssen. 714 Mio. € davon sind allein zwischen 2024 und 2030 entstanden.

Sparsamste Haushaltsführung auf der ganzen Linie brauchen wir – und dazu gehört auch die Selbstbeschränkung des Stadtrates.

Die Stadt hat 2030 dann fast das Sechsfache ihrer jährlichen Erträge als Schulden.

Das ist ein struktureller Wendepunkt:

Zinslast und Tilgung werden ab 2030 zu einem dominanten Haushaltsrisiko.

Der Zinstrend zeigt nach oben, die Grundstückspreise ebenfalls. Schlecht für die Stadtkasse, gut für den Mittelstand, **grauenhaft für die Schwächeren in unserer Gesellschaft.**

2036 werden wir fast 12 Mio. € für Zinsen ausgeben. Und in der Regel – das erleben wir nun seit vielen Jahren – sind die Ergebnisse schlechter als die Prognosen.

Die Personalpolitik zeigt seit Jahren den gleichen Trend: immer mehr Beförderungen in den höheren Gehaltsklassen, weil trotz Rekordausstattung mit Beigeordnetenstellen immer mehr strategische Funktionen und Kompetenzen der Führungsebene darunter überlassen bleiben. Dann ist es natürlich auch angemessen, die Damen und Herren zu befördern. Im Nothaushalt ist übrigens noch nicht einmal zwingend vorgesehen, Leistung angemessen zu bezahlen. Die Stadt hat Schwierigkeiten, ausreichend und sehr gutes Personal zu gewinnen. In diesem Jahr hat sie noch nicht einmal an der Erkrather Ausbildungsbörse teilnehmen können. Jobcenter, Kreisverwaltung, Polizei und viele weitere Anbieter waren voll des Lobes über den interessierten Besuch der Ausbildungswilligen. Eine verpasste Chance.

Sie entscheiden heute über Projekte, deren finanzielle Auswirkungen morgen kaum noch steuerbar sein werden. Selbst deutliche Steuererhöhungen werden Defizite in dieser Größenordnung nicht schließen können.

Sie belasten nicht nur die Bürger, sondern schwächen zugleich den Wirtschaftsstandort.

Erkrath befindet sich in einer Spirale: steigende Kosten führen zu steigenden Abgaben – ohne dass die strukturellen Ursachen behoben werden.

Mit dem Eintritt in das Haushaltssicherungskonzept erreichen wir eine neue Stufe:

Wir verlieren Handlungsspielräume.
Wir geraten unter stärkere Aufsicht.
Freiwillige Leistungen geraten unter Druck.
Wir streiten uns noch heftiger.

Das ist die Realität.

Dieses Haushaltssicherungskonzept ist kein Erfolg. Es ist nicht ehrlich genug und verharmlost die Härte der tatsächlichen Lage. Es führt nicht zum Ziel.

Es ist das Ergebnis einer Entwicklung, die über Jahre nicht konsequent genug korrigiert wurde.

Und selbst jetzt werden die tiefgreifendsten Maßnahmen in die Zeit nach der nächsten Wahl verschoben.

Ja, es gibt externe Faktoren. Ja, auch Land und Bund stehen in der Verantwortung.

Wer will in Stadt, Kreis, Land und Bund denn die Verantwortung – und hat sie bekommen? Die CDU, die dann jammert, dass sie überfordert ist, in den Parlamenten Mehrheiten zu gewinnen.

Dann lasst es doch, wenn ihr es nicht könnt!

Diese Verantwortung kann man nicht ausblenden. Zu sagen, die Parteifreunde in Land und Bund seien schuld, hilft nicht. **Veränderung hilft.**

Natürlich lässt sich nicht jedes Unglück verhindern.

Aber wir müssen uns fragen: Haben wir ausreichend in Prävention investiert? Etwa beim Brandschutz, bei der Objektsicherung oder bei der Sicherheit von PV-Anlagen? Wurden Warnsignale – wie der erste Brand am Gymnasium Hochdahl – konsequent genug ausgewertet und darauf angemessen reagiert?

Nicht zu glauben, wie mühsam es war, den eigentlich selbstverständlichen Antrag der BmU zu Mindeststandards beim Betrieb von PV-Anlagen auf unseren Dächern gegen den Widerstand und die Verunglimpfung durch Bündnis 90/Die Grünen durchzusetzen. Auch hier wurden geheim tagende Runden im Fraktionskartell bemüht.

Uns gehen als Ergebnis dieser Finanzpolitik die Mittel aus, um die größte Bedrohung der Wohlfahrt in unserer Stadt, das ist nicht der Finanzmangel, zu bekämpfen: Naturkatastrophen infolge des Klimawandels. Mehrere Anträge der BmU versuchen trotzdem, unter Schonung eigener Mittel für Klimaschutz und Biodiversität zu tun, was noch möglich ist.

Nicht zu fassen, wie ignorant sich Stadtwerke und letztlich auch der Gesellschafter bei der Illumination des Himmels mit grünen Lichtern gegenüber der Lichtverschmutzung gebärden.

Beim Tierschutz setzt die angebliche „Tierschutz“-Fraktion noch einen drauf. Der Antrag der BmU auf ein Taubenhaus wie in Nachbarstädten zur Verringerung von Tierleid und Taubenkot am Hochdahler Markt wurde von der Fraktion „FDP-Tierschutz“ abgelehnt – ohne Begründung. Ich sage: „Ohne Worte“.

Auf Jahrzehnte trifft der Gesellschafter der Stadtwerke bei der Transformation klimaschädliche und teure Entscheidungen bei der Fernwärme. Die Stadtwerke sind offenkundig mit der Transformation der Fernwärme überfordert. Der gute Rat der BmU zur Requirierung von Fördermitteln bei der Glasfasererschließung wurde ausgeschlagen. Die Erschließung der Stadt mit Glasfaser bleibt weiter hinter dem zurück, was in den Nachbarstädten geschafft wurde.

Meine Damen und Herren,

ein Haushalt mit 24 Millionen Euro Defizit, 4 Millionen Euro pauschalem Minderaufwand und 240 Millionen Euro Investitionsbedarf ist kein stabiler Haushalt.

Er ist ein **Haushalt im Hochrisikobereich**.

Und er führt unsere Stadtgesellschaft in die Arme der auch im Stadtrat mittlerweile vorhandenen Rechtsradikalen.

Die Mehrheitsfraktionen stehen nicht mehr vor der Frage, ob sie sparen müssen – sondern ob sie bereit sind, die notwendigen Konsequenzen aus den Fakten zu ziehen.

Es geht um Verantwortung, Ehrlichkeit und strukturelle Entscheidungen.

Oder darum, weiter Zeit zu gewinnen und die schwierigsten Maßnahmen der nächsten politischen Generation zu überlassen.

Dafür steht die BmU nicht zur Verfügung.

Wenn wir die Finanz- und damit die Gesamtsituation der Stadt retten wollen, müssen alle an einen Tisch – öffentlich, unter Beteiligung der Bürgerschaft, ohne Ideologie, pragmatisch, statt mit Emotionen mit Empathie und klug moderiert.

Gratulation und Dank an jene, die bis hierhin gelesen haben.

Bernhard Osterwind

12.05.2026

Nachsatz: Die entscheidenden aktualisierten Unterlagen zur heutigen Beschlussfassung wurden erst gestern um 14:10 Uhr zur Kenntnis gegeben. Das erschwert es, eine solche Stellungnahme lesbarer zu machen, und provoziert Fehler.